

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 7. Sitzung des Rates
vom 30.08.2017
Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

Frau Roswitha Brinkhus

Herr Maximilian Busch

Frau Annegret Christ-Schneider

Herr Alexander Dohe

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Bianka Grauert

Frau Anke Hennig

Frau Ute Johans

Herr Klaus Kossak

Herr Christian Lübbe

Herr Oliver Neils

Herr Torsten Neumann

Frau Silke Schäfer

Herr Horst Sievert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Frau Monika Bruning

Herr Jan-Gerd Bührmann

Herr Rainer Höveler

Herr Heiner Hundeling

ab TOP 4 anwesend

Herr Sascha Kollenberg

Frau Imke Märkl

Frau Elisabeth Nagels

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rothert

Frau Katrin von Dreele

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Michael Kruse

Frau Barbara Pöppe

Herr Dieter Sieksmeyer

Herr Dr. Marius Thye

Frau Miriam Thye

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kiesekamp

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Bernhard Rohe

Gäste

Herr Jürgen Brüggemann

Verwaltung

Frau Dorit Barz

Herr LSBD Hartmut Greife

Herr Christian Müller

Herr Udo Müller

Herr Volker Nowak

Herr Klaus Sandhaus

Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführer

Herr Tobias Gregor

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Anette Marewitz

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jan Beinke

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Josef Riepe

Beginn: 18:30 Ende: 21:10

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Mandatsniederlegung im Stadtrat durch Frau Bianca Grauert WP 16-21/0195
- 3 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen Unternehmen und sonstigen Institutionen WP 16-21/0217
- 4 Verpflichtung sowie Pflichtenbelehrung des neuen Ratsmitgliedes
- 5 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.06.2017

7	Bericht des Bürgermeisters	
8	Einwohnerfragestunde	
9	Berufung der hauptberuflich beschäftigten Gleichstellungsbeauftragten	WP 16-21/0194
10	Einführung der digitalen Gremienarbeit	WP 16-21/0163
11	Jahresabschluss 2016	WP 16-21/0177
12	Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Bramsche - Abwasserbeseitigungsbetrieb	WP 16-21/0143-2
13	Antrag auf Entlassung des Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Ueffeln-Balkum, Herrn Hanfried Wessling, aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Bramsche	WP 16-21/0167
14	Ernennung des Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Sögel	WP 16-21/0168
15	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Achmer	WP 16-21/0169
16	Neufassung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken	WP 16-21/0165
17	Beschluss über die Sanierung der Dorfgemeinschaftsanlage Achmer Bezugsvorlage: WP 11-16/889	WP 16-21/0179-1
18	Nowotny	
18.1	Nowotny-Gedenkstein	WP 16-21/0185
18.2	Antrag der Fraktion Die Linke - Nowotny Gedenkstein	WP 16-21/0191
19	Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Baumschutzsatzung	WP 16-21/0214
20	Beantwortung von Anfragen	
21	Anfragen und Anregungen	
22	Einwohnerfragestunde	

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Brinkhus begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Mandatsniederlegung im Stadtrat durch Frau Bianca Grauert WP 16-21/0195

Beschlussvorschlag:

Es wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Ratsmitglieds Frau Bianca Grauert durch Anzeige des Verzichts, nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, beendet ist.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 3 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach WP 16-21/0217
besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der
Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen
Unternehmen und sonstigen Institutionen

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt die Veränderung der Besetzung der nachfolgend genannten Gremien gemäß § 71 Abs. 5 u. 6 NKomVG wie folgt fest:

(Name des Gremiums)	(Name des neuen Mitglieds)
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft u. Personal	Johanns, Ute (für RM Neumann)
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft u. Personal	Kirchner, Hennig (neuer Bürgervertreter gem. §71 (7) NKomVG)
Ausschuss für Schule und Kultur	Busch, Maximilian

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 4 Verpflichtung sowie Pflichtenbelehrung des neuen
Ratsmitgliedes

BGM Pahlmann verpflichtet das neue RM Ute Johanns gem. § 60 des Nds.
Kommunalverfassungsgesetzes.

TOP 5 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

RM Rohe bittet darum, den Tagesordnungspunkt 17.2 vor dem Tagesordnungspunkt 17.1 zu behandeln, da es sich um einen weitergehenden Antrag handelt.

Dem Verfahrensvorschlag von RM Rohe wird zugestimmt

TOP 6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom
21.06.2017

RM Quebbemann erläutert, dass es unter seiner Wortmeldung auf der Seite 3 TOP 3 „AK des Stadtrates“ heißen müsse. Des Weiteren habe er auf der Seite 7 unter TOP 8 beantragt und nicht vorgeschlagen, dass das Thema in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ferner erkundigt er sich nach der auf Seite 7 gewünschten Einschätzung der Verwaltung zur Rechtmäßigkeit der Baumschutzsatzung, die noch nicht vorliegt.

ESTR Willems erläutert, dass bereits geprüft worden ist, ob vorgeschlagen oder beantragt wurde, dass der Antrag wieder auf die Ratstagesordnung gesetzt wird. Des Weiteren sei diese Diskussion obsolet, da der Antrag der CDU nun auf der Tagesordnung stehen würde.

RV Brinkhus lässt über das Protokoll der Sitzung vom 21.06.2017 mit der o.g. Änderung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei einer Enthaltung

TOP 7 Bericht des Bürgermeisters

BGM Pahlmann berichtet über die diesjährigen Neuwahlen des Jugendparlament und ruft zur Teilnahme an der Wahl am 20.10.2017 auf.

Weiter berichtet er von der Grunderneuerung der B218 zwischen Ueffeln und Hesepe. Die Planungsunterlagen liegen derzeit Zimmer O 36, im Büro von Herrn Van de Water aus. Die Auslage ist befristet vom 28.08. – 18.10.2017. Darüber hinaus soll aus Sicht der Verwaltung ein Termin im Rathaus zu der Baumaßnahme zusammen mit dem Straßenbauamt stattfinden, der noch bekanntgegeben wird.

Der erste Spatenstich bei Amazone erfolgte am 31.08.2017. Die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt haben bereits begonnen. Man freue sich über die Ansiedlung des Betriebes in Bramsche.

Seit dem 3. August wurde ein neues Stadtbuskonzept „Rufbus Bramsche“ auf den Weg gebracht. Um diesen Bus im Ortsteil Kalkriese zu bewerben, hat die Stadt Bramsche, neben dem Informationsmaterial der PlaNOS, einen eigenen Flyer erstellt.

Zum Thema Breitband wird es Mitte Oktober eine Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses geben. Hier soll über die betroffenen Kabelverzweiger gesprochen werden.

Weiter berichtet BGM Pahlmann über den Masterplan Wandern. Durch den Masterplan Wandern soll das Osnabrücker Land eine einheitliche Qualitätssicherung erreichen. In einem Zeitraum bis 2020 soll ein hochattraktives, verschlanktes und somit auch tourismusvermarktungsfähiges Wanderwegenetz geschaffen werden. Im Auftrage des Landkreises Osnabrück wird sich TerraVita mit dem Masterplan Wandern beschäftigen. Bestandteile des Masterplans sind, längere Ankerwege sowie kurze, lokale Rundwanderwege zu schaffen. Die in Bramsche befindlichen Ankerwege umfassen den Mühlenweg, den DiVa Walk und den Hühnenberg. Die kürzeren Wanderwege in Bramsche umfassen: „Am Kettelsberg“, „Auf der Penten Egge“, „In der breiten Heide“, „Am Wienberg“ sowie „In den Königstannen“.

Um diesen Masterplan zu verwirklichen, sind Kooperationsverträge zwischen den Kommunen und TerraVita und den Grundstückseigentümern notwendig. Für die Ersteinrichtung der Wanderwege

wird TerraVita im September Mittel beim Amt für regionale Landesentwicklung beantragen. Der Anteil der Kommunen für die Ersteinrichtung der Wanderwege wird komplett vom Landkreis Osnabrück übernommen. Von den Kommunen sollen die Kosten für die langfristige Pflege und Unterhaltung getragen werden, wobei für die Ankerwege ein Festbetrag nach dem Solidaritätsprinzip geplant ist. Für die Stadt Bramsche bedeutet dies ab 2018 ein Betrag in Höhe von 2.000,-€. Ferner wird ab 2020 ein Betrag i.H.v. knapp 6.000,-€ für die Pflegeumlage der Rundwanderwege benötigt.

Des Weiteren findet am kommenden Samstag der Workshop gemeinsam mit den Bürgern im Bramscher Bahnhof zum Thema Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld statt. Die Veranstaltung beginnt um 09:30 Uhr. Zunächst soll eine Geländebesichtigung erfolgen, um ein Gefühl für die 25 Hektar große Fläche zu erhalten. Später sollen die Teilnehmer in drei Gruppen aufgeteilt werden, diese befassen sich wahlweise mit den Themen: Grundstück und Bauen, Freiraum und Grün sowie Verkehr. Bislang haben sich 50 Personen angemeldet, weitere Gäste sind jedoch herzlich eingeladen. BGM Pahlmann bittet zudem um die Beteiligung der einzelnen Fraktionen an der Veranstaltung.

RM Sieksmeyer erkundigt sich nach einer Vereinbarung zum Finanzausgleich zwischen Kreis und Stadt Bramsche. Dass die Vereinbarung geschlossen werde, habe er aus der Zeitung entnommen. Er habe verschiedene Zahlen aus der Zeitung und direkt vom Kreis erhalten. Zukünftig bittet er darum, dass die Ratsmitglieder Informationen dieser Art vorher erhalten und nicht aus der Zeitung erfahren müssen. Er fragt an, wie hoch der Betrag nun ausfällt und wann mit der Zahlung zu rechnen sei.

BGM Pahlmann erklärt, dass die Vereinbarung noch nicht unterschrieben sei und daher noch nicht klar sei, wann mit der Zahlung zu rechnen sei und wie hoch diese ausfallen werde. In der vergangenen Verwaltungsausschusssitzung habe er bereits erläutert, dass es zu diesem Thema eine Pressekonferenz zusammen mit dem Landrat und Reinhard Scholz geben werde. Sobald die Zahlen feststehen, werden die Ratsmitglieder weitere Informationen erhalten.

ESTR Willems klärt auf, wie es zu den verschiedenen Informationen zu den Zahlen gekommen ist. Er bestätigt, dass die endgültigen Zahlen noch nicht bekannt seien.

RM Quebbemann ergänzt, dass man sich im Arbeitskreis Finanzen um die weiteren Details zu dieser Vereinbarung befassen werde. Unter dem Strich stelle die Vereinbarung zum Finanzausgleich eine erhebliche Entlastung für den Haushalt dar. Des Weiteren erkundigt er sich nach dem Termin für den Stadtentwicklungsausschuss im Oktober.

BGM Pahlmann erläutert, dass dieser Termin noch nicht feststehe aber in Kürze bekanntgegeben werde.

RM Höveler fragt an, warum die Ratsmitglieder nicht zu dem Spatenstich-Termin bei Amazone eingeladen wurden.

BGM Pahlmann wird sich diesbezüglich bei Amazone erkundigen.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin fragt an, warum der Friesenweg als ältester Wanderweg nicht für den Masterplan Wandern genannt wurde.

BGM Pahlmann erläutert, dass dieser Wanderweg von Terra.Vita nicht verfolgt wurde.

Die Bürgerin fragt weiter, welche Arbeitsmaterialien den Bürgern für den Ideenworkshop zur Verfügung gestellt werden.

LSBD Greife berichtet, dass die beauftragte Firma entsprechende Arbeitsmaterialien und geeignete Karten zur Verfügung stellen werde.

Eine weitere Bürgerin zitiert den Bürgermeister-Blog vom 11.08.2017 und erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren nach dem Workshop für das Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld am Samstag.

BGM Pahlmann erklärt, dass die Vorschläge der Bürger den Planungsbüros zur Kenntnis gegeben werden und für die Auslobung in die Planungen eingearbeitet werden. Sicherlich werden jedoch nicht alle Vorschläge von den Planungsbüros berücksichtigt und realisiert werden können. Die letztendliche Entscheidung trifft jedoch der VA.

Weiter fragt die Bürgerin in Bezug auf den Bürgermeisterblog, um welche komplizierten Sachverhalte es sich handelt mit denen der Stadtrat beschäftigt werde und ob diese Sachverhalte den Bürgern auch offenbart werden.

TOP 9 Berufung der hauptberuflich beschäftigten
 Gleichstellungsbeauftragten

WP 16-21/0194

Beschlussvorschlag:

Frau Maria Stuckenberg wird ab dem 01.11.2017 mit 20 Wochenstunden zur Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Bramsche berufen. Die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe 10 TVöD.

RM Lübbe trägt den Inhalt der Beschlussvorlage vor.

RM Sieksmeyer bedankt sich im Namen der Fraktion bei Frau Große-Brauckmann und erläutert, dass Frau Große-Brauckmann sowohl die Stelle als Leitung des Familienbüros als auch die der Gleichstellungsbeauftragten innehatte. Die Besetzung der Leitung des Familienbüros wurde mit 19,5 Stunden bewertet. Seine Fraktion beantragt, nach einem halben Jahr zu prüfen, ob das Stundenkontingent für die Stelle ausreicht.

RM Quebbemann erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Er betont, dass die Enthaltung nichts mit der Person bzw. fachlichen Kompetenz oder Qualifikation von Frau Stuckenberg zu tun hat. Es handele sich dabei um eine grundsätzliche Frage, die in der Landesgesetzgebung verankert wurde. Im Hinblick auf die eventuellen neuen Mehrheiten im Landtag möchte man daher die weiteren Entwicklungen und zukünftigen Rahmenbedingungen abwarten. Gleichzeitig bedankt auch er sich im Namen seiner Fraktion bei Frau Große-Brauckmann. Darüber hinaus sehe man ebenfalls die Problematik der Stundenanzahl für die Stelle im Familienservicebüro.

RM Neils bedankt sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion sehr herzlich bei Frau Große-Brauckmann und heißt Frau Stuckenberg herzlich Willkommen.

ESTR Willems erläutert, dass der Antrag der Grünen nicht behandelt werden könne, da dieser nicht auf der Tagesordnung stehe. Gleichwohl wurde bereits in der Verwaltungsausschusssitzung von der Verwaltung zugesagt, dass das Stundenkontingent nach einem halben Jahr überprüft werden wird.

RV Brinkhus lässt über der den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür
11 Enthaltungen

TOP 10 Einführung der digitalen Gremienarbeit

WP 16-21/0163

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zur Einführung der digitalen Gremienarbeit für die Mitglieder des Rates der Stadt Bramsche. Dafür entfällt der Versand von Sitzungsunterlagen in Papierform, mit Ausnahme der Ratsmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt die weiteren Schritte in die Wege zu leiten.

RM Lübbe trägt den Inhalt der Beschlussvorlage vor.

RM Quebbemann erläutert, dass diesen Schritt bereits andere Kommunen zuvor vollzogen haben und dies der Trend sei. Gleichwohl werden einige sagen, dass sie noch mit Papier weiterarbeiten möchten. Auf die Dauer werde es auf den elektronischen Versand hinauslaufen. Er bedankt sich bei den anderen Fraktionsmitgliedern und bei der Verwaltung für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit innerhalb des Arbeitskreises.

RM Dohe teilt mit, dass die SPD Fraktion der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde. Damit sei der erste und wichtigste Schritt hin zur digitalen Gremienarbeit getan. Er bedankt sich auch im Namen seiner Fraktion für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Akteuren. Er appelliert an die Ratskollegen, sich frühzeitig auf die digitalen Gremienarbeit einzulassen und die Übergangszeit zu nutzen um sich mit dem System vertraut zu machen. Unter dem Strich sei die digitale Gremienarbeit kostengünstiger als die Arbeit mit Papier.

RM Staas-Niemeyer erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie hofft, dass das halbe Jahr der Übergangsphase ausreicht. Sie hofft, dass es bei Bedarf eine Verlängerung der Übergangsphase geben wird.

RM Pöppe berichtet, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag ebenfalls folgen werde. Zur Einarbeitung seien zeitnah ausreichend Schulungen notwendig, es müssen genügend Termine zur Verfügung gestellt werden, damit eine Arbeit mit der digitalen Gremienarbeit für die Ratsmitglieder sichergestellt wird.

RM Thye äußert seine Bedenken bezüglich der zusätzlichen 10 €, die nur gezahlt werden sollen, wenn ein erforderlicher Mobilfunkvertrag vorgelegt wird. Seiner Auffassung nach sei es nicht notwendig einen Mobilfunkvertrag abzuschließen, da jeder zu Hause WLAN habe und im Ratssaal WLAN vorhanden sei. Daher stimmt er der Vorlage nicht zu. Er fragt an, wo die Geräte ggfls. aufgeladen werden und wenn die Geräte im Ratssaal aufgeladen werden, welche Kosten auf die Stadt zukommen werden.

Herr Udo Müller erklärt, dass die Tablets zuhause aufgeladen werden müssen, genauso wie das Handy und andere Geräte. Eine komplett neue Verkabelung für den Ratssaal habe man nicht vorgesehen. Im Arbeitskreis wurde eine solche Problematik bislang nicht vorgetragen.

RM Dohe erklärt, dass dies noch im Arbeitskreis besprochen wird, aber er könne sich u.a. vorstellen hier mit Power-Banks Abhilfe zu schaffen.

RM Quebbemann verweist an dieser Stelle noch einmal an den Arbeitskreis. Detailfragen sollten in dem Arbeitskreis diskutiert werden.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen

TOP 11 Jahresabschluss 2016

WP 16-21/0177

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beschließt gem. § 129 NKomVG über den Jahresabschluss 2016 und erteilt dem Bürgermeister für den Vollzug der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2016 die Entlastung.

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.681.870,77 € ist gem.

§ 123 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von - 1.732.868,21 € ist gemäß

§ 24 Abs. 3 GemHKVo mit der Rücklage für Überschüsse des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 4.159.932,96 zu verrechnen.

RM Lübbe trägt zur o.g. Beschlussvorlage vor.

RM Sieksmeyer begrüßt den positiven Jahresabschluss 2016 und fordert die Fraktionen auf den Weg der konsequenten Haushaltskonsolidierung fortzuführen und zu beachten, dass nicht immer alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden können. Des Weiteren fordert er die Verwaltung auf, einen neuverschuldungsfreien Haushaltsentwurf im Dezember dieses Jahres vorzulegen.

RM Rohe bedankt sich bei Frau Stuckenberg und heißt sie herzlich willkommen. Er bemerkt, dass die Gewerbesteuererinnahmen in diesem Haushaltsjahr besonders gut ausgefallen seien und zeigt einige kommende Investitionen und Projekte auf, die noch umgesetzt werden müssen.

RM Kieseckamp bedankt sich ebenfalls bei Frau Stuckenberg und Frau Große-Brauckmann und begrüßt ebenfalls den positiven Jahresabschluss 2016. Man solle jedoch auf die Rücklagen achten, daher habe die FPD-Fraktion auch den Antrag auf laufende Unterrichtung des Finanzausschusses über den Stand der Finanzierungstätigkeit in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Personal gegeben.

RM Quebbemann erläutert, dass der Abschluss 2016 von einer soliden Haushaltspolitik gekennzeichnet war. Dies zeuge auch von einer guten Haushaltsführung von 2011-2016 unter der Jamaica-Koalition.

RM Neils bemerkt, dass auch die SPD-Fraktion an dem positiven Abschluss 2016 in der letzten Wahlperiode mitgewirkt habe.

RV Brinkhus lässt über die o.g. Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 12 Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt WP 16-21/0143-2
Bramsche - Abwasserbeseitigungsbetrieb

Beschlussvorschlag:

Die der Ursprungsvorlage WP 16-21/0143 anliegende Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Bramsche wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

1. Änderung des § 3 a) Abs. 1 gemäß der Ergänzungsvorlage WP 16/21/ 0143-1
2. Änderung des Datums des Inkrafttretens in §24, Satz 1:

Die Satzung tritt am 01.10.2017 in Kraft.

ESTR Willems trägt zum Inhalt der Beschlussvorlage vor.

RM Sieksmeyer stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes auf den 02. November. Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen haben einen Antrag auf Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung fristgerecht zum nächsten Betriebsausschuss am 24.10.2017 eingebracht. Hintergrund des Antrages sei, dass man in der Abwasserbeseitigungssatzung der Verschmutzung des Pelkebaches Rechnung tragen wolle und dies auch in der Satzung regeln möchte. Zudem sei lt. Aussage von Herrn Schulte die nun zu beschließende Satzung auf Initiative des Landkreises hin erwachsen und nicht aufgrund einer Notwendigkeit aus Sicht der Stadt Bramsche.

RM Neils vertritt die Auffassung, dass die Satzung nun hinreichend angepasst und nun so beschlussreif sei. Die Verwaltung habe hinreichend dargelegt, warum diese Satzung in der vorliegenden Fassung so beschlossen werden könne. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

RM Quebbemann erklärt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussempfehlung auch zustimmen werde. Es sei jedoch nicht der richtige Weg, in der Satzung die Konsequenzen zu der vorgefundenen Situation am Pelkebach zu regeln.

RV Brinkhus lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
31 Stimmen dagegen

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag in der vorliegenden Fassung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 31 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

TOP 13 Antrag auf Entlassung des Ortsbrandmeisters der WP 16-21/0167
Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche,

RM Rothert trägt zum o.g. Beschlussvorschlag vor.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 16 Neufassung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken WP 16-21/0165

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken wird in der anliegenden Neufassung beschlossen.

RM Höveler trägt zum o.g. Beschlussvorschlag vor.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 17 Beschluss über die Sanierung der Dorfgemeinschaftsanlage Achmer WP 16-21/0179-1
Bezugsvorlage: WP 11-16/889

Beschlussvorschlag:

Die Dorfgemeinschaftsanlage Achmer wird ab 2018 auf Grundlage der Planung der Architekten Hüdepohl und Ferner, Stand Juli 2017, in einem Kostenumfang von Euro 1.300.000,00 saniert und umgebaut.

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der bisher zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung über € 430.000,-. Deckung erfolgt aus der VE des Produktes 51102 „Stadtumbau West“.

RM Bergander trägt zum o.g. Beschlussvorschlag vor.

RM Quebbemann erklärt, dass die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen werde. Die Hintergründe hierzu seien bereits ausführlich in den Fachausschusssitzungen vorgebracht worden.

RM Rohe trägt vor, dass sich seine Fraktion für den Neubau ausspricht und erläutert die Vorteile eines Neubaus gegenüber einer Sanierung.

RM Neils spricht sich für die Sanierung der Dorfgemeinschaftsanlage aus und erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen wird.

RM Sieksmeyer merkt an, dass in der Beschlussvorlage immer noch der Betrag in Höhe von 700.000€ für Verpflichtungsermächtigungen stehen würde und bittet dies zu korrigieren.

RV Brinkhus lässt über die o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür
 10 Stimmen dagegen
 1 Enthaltung

TOP 18 Nowotny

TOP 18.1 Nowotny-Gedenkstein

WP 16-21/0185

Beschlussvorschlag:

Der Empfehlung des Arbeitskreises Nowotny-Gedenkstein folgend, soll aus dem Gedenkstein ein Mahnmal für die Opfer des Krieges werden und für die Menschen, die Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet haben. Hierzu wird die vorhandene Texttafel durch eine neue Tafel mit der in der Anlage beigefügten Inschrift ersetzt.

BGM Pahlmann trägt zu dem Thema Nowotny-Gedenkstein vor.

RM Neils erklärt, dass es seiner Fraktion wichtig sei, dass der Arbeitskreis die Sachlage von allen Seiten beleuchtet um ein breites Meinungsbild zu erhalten. Des Weiteren werde seine Fraktion der Empfehlung des Arbeitskreises folgen und gleichzeitig den Antrag der Linken ablehnen. Es sei klar, dass man mit dieser Empfehlung nicht alle für diese Lösung überzeugen könne. Dies sei aber auch nicht der Anspruch des Arbeitskreises, sondern man wollte damit einen breiten Konsens schaffen. Wichtig sei es, dass man sich und seinen Kindern immer wieder die Gräueltaten des zweiten Weltkrieges vor Augen halte, damit dies in der Zukunft nicht wieder passieren werde.

RM Sieksmeyer erklärt, dass auch seine Partei der Empfehlung des Arbeitskreises anschließen werde. Des Weiteren führt er zur Geschichte des Gedenksteins aus.

RM Märkl berichtet, warum sich die CDU-Fraktion gegen einen Abriss des Nowotny-Gedenksteins ausgesprochen habe.

RM Kieseckamp dankt den Vorrednern für die treffenden Wortbeiträge. Er spricht sich für die gefundene Lösung der Texttafel aus und dankt dem Arbeitskreis für die gemeinsam erarbeitete Lösung.

TOP 18.2 Antrag der Fraktion Die Linke - Nowotny Gedenkstein WP 16-21/0191

RM Rohe erläutert, dass die Fraktion Die Linke das Ergebnis des Arbeitskreises akzeptieren aber dennoch anderer Meinung seien. Man habe den Antrag auch gestellt, weil man die öffentliche Diskussion gewollt habe, da ansonsten die Entscheidung im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss gefällt worden wäre. RM Rohe trägt zum geschichtlichen Kontext vor und erläutert, warum die Fraktion Die Linke sich gegen den Vorschlag des Arbeitskreises ausspreche.

RM Bergander erklärt, dass er den Antrag der Fraktion Die Linke verstehen kann. Er spricht sich auch dafür aus, dass die Geschichte nicht einfach ausgelöscht werden solle, sondern das Mahnmal erhalten werden müsse als Teil der Erinnerung an die Geschichte und als Warnung.

RV Brinkhus lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Die Linke WP 16-21/0191 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 1 Stimme dafür
34 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0185 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimme dafür
1 Stimmen dagegen

TOP 19 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Baumschutzsatzung WP 16-21/0214

RM Quebbemann bittet die Verwaltung um Beantwortung der Anfrage zur rechtlichen Bewertung der Baumschutzsatzung aus der letzten Ratssitzung zu diesem Thema und rügt die verspätete Beantwortung.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt dem Protokoll als Anlage bei.

RM Quebbemann stellt die Gründe des Antrages der CDU-Fraktion dar und verweist auf seine Argumentation aus der letzten Ratssitzung. Die SPD-Fraktion habe in der letzten Ratssitzung erklärt, dass man sich nach der Sommerpause mit diesem Thema befassen werde, es sei jedoch nichts geschehen.

RM Thye erklärt, dass er sich bereits in der vergangenen Sitzung für den Antrag der CDU-Fraktion ausgesprochen habe. Er trägt vor, dass nach Auffassung eines Gartenbauunternehmers die Baumschutzsatzung vor allem dazu führe, dass dieser Aufträge erhalte Bäume zu fällen, damit diese nicht unter die Baumschutzsatzung fallen würden. Dieses Argument sollte noch einmal seitens der Verwaltung bedacht werden.

RM Bergander spricht sich für die gute Arbeit des FB4 aus. Er berichtet, dass die SPD-Fraktion sich mit der Thematik beschäftige. Er habe sich bereits einige Baumschutzsatzungen aus dem Bundesgebiet angesehen und festgestellt, dass die Baumschutzsatzung der Stadt Bramsche sehr liberal gefasst sei. Die SPD-Fraktion könne sich konkrete Veränderungen vorstellen, diese müssen jedoch noch auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüft werden, sobald dies durch den Fachbereich zu leisten sei, was zurzeit nicht der Fall sei. Darüber hinaus sehe er derzeit keine dringende Notwendigkeit die Satzung schnellstens anzupassen.

RM Quebbemann beantragt, dass der Tagesordnungspunkt Baumschutzsatzung auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung und der dazu vorbereitenden Verwaltungsausschusssitzung aufgenommen wird.

RM Sieksmeyer erklärt, dass sich seine Fraktion, wie in der letzten Ratssitzung, gegen den Antrag aussprechen wird. Er habe damit gerechnet, dass die Mehrheitsfraktion einen Vorschlag vorbringen werde. Grundsätzlich sollte jedoch nicht an der Baumschutzsatzung gerüttelt werden.

RM Neils weist darauf hin, dass die ehemalige Jamaika-Koalition drei Jahre Zeit hatte die Satzung zu ändern.

RM Rohe berichtet, dass auch er sich mit weiteren Baumschutzsatzungen befasst habe. Auch er ist der Auffassung, dass es nicht eilt diese schnellstens zu bearbeiten.

RV Brinkhus lässt über den Antrag der CDU-Fraktion zur Aufhebung der Baumschutzsatzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür
 24 Stimmen dagegen

TOP 20 Beantwortung von Anfragen

./.

TOP 21 Anfragen und Anregungen

RM Höveler fragt an, warum es kein öffentliches WLAN in Rathaus gibt und schlägt vor, dies (auch für die Bürger) einzurichten.

RM Quebbemann spricht sich ebenfalls für den Vorschlag von RM Höveler aus. Des Weiteren erinnert er an eine Anfrage aus dem Fachausschuss, er hatte angeregt zu überprüfen, welche Kosten für die Einrichtung von WLAN in den öffentlichen Bussen entstehen würden.

Anmerkung der Verwaltung:

In den nächsten Wochen wird ein öffentlich zugängliches WLAN im Rathaus eingerichtet. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen.

TOP 22 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin fragt an, wie man mit anderen nationalsozialistischen Attributen aus der Vergangenheit umgehen wird und nennt ein Beispiel.

BGM Pahlmann erklärt, dass dieses Beispiel bislang nicht diskutiert wurde und man sich dies ansehen werde.

RV Brinkhus bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Pahlmann
Bürgermeister

Roswitha Brinkhus
Vorsitzende

Tobias Gregor
Protokollführer